

9 . Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

6. Juli 1955

343/J

A n f r a g e~~der~~ Abg. Dr. G r e d l e r und Genossen

an die Bundesregierung,

betreffend den Wettbewerb in- und ausländischer Firmen bei Auftragserteilungen durch die öffentliche Hand.

-.-.-.-

In den letzten Tagen haben die Österreichischen Bundesbahnen ca. 2000 Stück Leuchtstoffröhren bestellt. Die Preise der inländischen Erzeuger waren um ca. 6 % über denen einer belgischen Fabrik, die über einen österreichischen Grosshändler (AEG-Union) angeboten hatte. Ohne den inländischen Erzeugern die Gelegenheit zu geben, ihre Preise dem ausländischen Angebot anzupassen, wurde der Auftrag ans Ausland vergeben.

Obwohl Leuchtstoffröhren liberalisiert sind und daher rechtlich gegen das Vorgehen der Bundesbahnen in diesem Falle nichts einzuwenden ist, steht doch ausser Zweifel, dass damit ausserordentliche Gefahren für die inländische Produktion verbunden sind. Dies umsomehr, als die Österreichischen Bundesbahnen der grösste Bedarfsträger für diesen Artikel sind.

Die Auftraggeber der USA sind bekanntlich durch den "Buy American Act" dazu verhalten, amerikanische Angebote unter allen Umständen zu bevorzugen, wenn sie nicht höher als 25 % (seit kurzem nur mehr 10 %) über dem ausländischen Angebot liegen. Ohne einer derartigen Praxis das Wort zu reden, muss aber auch die grundsätzlich gleiche Behandlung in- und ausländischer Angebote im Interesse der Vollbeschäftigung der inländischen Firma die Möglichkeit geben, sich dem ausländischen Offert preislich anzupassen. Gerade die Verhältnisse am Leuchtmittelmarkt, der durch ein starkes Überangebot gekennzeichnet ist, gebieten eine solche Vorgangsweise. Ganz abgesehen davon ist die öffentliche Hand in erster Linie dazu berufen, bei der Vergabe ihrer Aufträge volkswirtschaftliche Erfordernisse zu berücksichtigen.

Bei der derzeit bedenklichen Entwicklung unserer Handelsbilanz und ihrem ausserordentlichen Importüberhang erscheint ~~der~~ unterfertigten Abgeordneten eine grundsätzliche Behandlung dieser Frage besonders wesentlich und sie richten daher an die österreichische Bundesregierung die

A n f r a g e :

Ist die Bundesregierung bereit, bei Auftragsvergebung der öffentlichen Hand an in- und ausländische Firmen dafür Sorge zu tragen, dass inländischen Produzenten die Möglichkeit gegeben wird, sich ausländischen Offerten preislich anzuschliessen?

-.-.-.-